



Erklärung des Präsidiums der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas

aus Anlass der 103. Sitzung am 2. Mai 2012 in Stuttgart

I. Verstärkung der Deutsch-Griechischen Zusammenarbeit

Das Präsidium der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas begrüßt und unterstützt die Initiative der beiden Regierungen Deutschlands und Griechenlands vom März 2010 zur Aktivierung und Vertiefung der Beziehungen.

Die aktuelle Krise stellt die Europäische Union vor große Herausforderungen. Dazu zählen nicht nur der Abbau der Staatsschulden und die Rückkehr zu solidem Haushalten. Die Krise bedroht zwei Grundideen der Europäischen Union: den Zusammenhalt und die Solidarität. Dies zeigt sich in besonderer Weise im Verhältnis zu Griechenland, dessen Volkswirtschaft am stärksten von der Krise betroffen ist und dessen Bevölkerung demzufolge am intensivsten unter den Umstrukturierungsmaßnahmen leidet. Die über drei Jahre anhaltende Rezession führt zu einer steigenden Arbeitslosigkeit in allen Wirtschaftsbereichen. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei rund 25 Prozent, bei Jugendlichen bei 50 Prozent.

Die Wirtschafts- Politik- und Vertrauenskrise in Griechenland wird ohne die Förderung einer Bürgergesellschaft auf der Grundlage einer leistungsfähigen kommunalen Selbstverwaltung nicht überwunden werden können. Aus gutem Grund gehört daher zum gemeinsamen Aufgabenkatalog der EU Task- Force und der griechischen Regierung die Reform der dezentralen, lokalen und regionalen Ebene, für die Deutschland der „domain leader“ ist. Die deutsche Sektion des RGRE fordert die EU und die Bundesregierung auf, diesen Bereich in den verschiedenen Unterstützungsprogrammen angemessen zu berücksichtigen und die Kommunen in diese Zusammenarbeit mit einzubinden.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die deutsch-griechische Zusammenarbeit, Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel, stellte in der Sitzung die Möglichkeiten wie Notwendigkeiten für die Entwicklung von Know-how Partnerschaften zwischen deutschen und griechischen Kommunen dar. Ausgangspunkt für eine solche bilaterale Kooperation sind die bereits bestehenden 38 deutsch-griechischen kommunalen Partnerschaften, die durch Projekt- bzw. Know-how-Partnerschaften ergänzt werden sollen. Kommunale Know-how Partnerschaften sind praxisorientiert, partnerschaftlich und persönlich und daher in besonderer Weise geeignet, die erforderlichen Reformschritte „auf Augenhöhe“ zu begleiten. Wir bitten die Bundesregierung, hierfür in Ergänzung zu den EU-Mitteln Bundesmittel für den Einsatz von Fachleuten zur

Verfügung zu stellen, da die Mitglieder des RGRE zu einer Zusammenarbeit vor allem in Form von Know-how Partnerschaften bereit sind.

II. Zukunft der EU

Die europäische Staatsschuldenkrise macht deutlich, dass die Europäische Integration vor einer entscheidenden Wegmarke steht. Die Schuldenkrise hat zu Verunsicherungen geführt und sich damit über weite Strecken zu einer Vertrauenskrise entwickelt. Diese Vertrauenskrise bedroht auch die Europäische Union als unsere gemeinsame Zukunft. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, stellte fest: „Zum ersten Mal seit ihrer Gründung wird ein Scheitern der Europäischen Union zum realistischen Szenario.“

Dieses Szenario darf nicht Wirklichkeit werden. Das Präsidium der Deutschen Sektion des RGRE stellt fest, dass ein einiges und kraftvolles Europa notwendiger denn je ist. Die Stellung Europas in einer globalisierten Welt ist nicht mit weniger, sondern nur mit mehr europäischer Zusammenarbeit zu sichern. Auch für Deutschland gibt es keine gute Zukunft ohne die europäische Gemeinsamkeit. Die Schuldenkrise darf den Blick nicht verengen, sondern muss Ansporn sein, Europa als Zukunftsprojekt auszubauen. Neben einer abgestimmten Finanz- und Wirtschaftspolitik ist auch eine Wachstumsstrategie vor allem in Form einer Arbeitsmarktpolitik notwendig, die jungen Leuten faire Chancen auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz eröffnet.

Die Kommunen in Europa und die europäische Städtepartnerschaftsbewegung nehmen für sich mit Recht in Anspruch einen gewichtigen Beitrag zur europäischen Integration geleistet zu haben. Das Präsidium der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas unterstützt daher die einsetzende Diskussion Europa wieder eine Perspektive zu geben und die europäische Integration zu festigen.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, betonte bei der Sitzung, dass die Diskussion über Europa sich nicht länger auf eine Diskussion fast ausschließlich über Rettungsschirme reduzieren sollte. Dies würde der historischen Entwicklung Europas nicht gerecht; Europa müsse vor allem perspektivisch diskutiert werden.

Europa muss wieder ein Bürgerprojekt werden und nicht eine Angelegenheit, in der Ratingagenturen und das Verhalten von Investmentbanken den Takt vorgeben. Das bevorstehende Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger bietet die Chance, das Wirken der Kommunen für Europa wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. Die Deutsche Sektion des RGRE ermuntert ihre Mitglieder, das Europäische Jahr in besonderem Maße zu Nutzen, um die Rolle der Kommunen in einem Europa der Bürger und Bürgerinnen deutlich zu machen.